

# VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

## Sozialpolitische Unterlassungssünden.

Schon ein altes Sprichwort bezeichnet es als eine Thorheit und sträfliche Nachlässigkeit, den Brunnen erst dann zuzudecken, wenn das Kind hineingefallen ist. Die heutige bürgerliche Gesellschaft handelt nach diesem Recepte. Sie hat die guten Zeiten über sich ergehen lassen, ohne auch nur im geringsten Vorkehrungen zu treffen, um dies Herinbrechen der schlechten Zeiten zu verhindern oder letztere wenigstens etwas erträglicher zu gestalten. Während der zweiten Hälfte der 90er Jahre huldigte man in Deutschland in amtlichen und privaten Kreisen einem übertriebenen Optimismus und erblickte die wirtschaftlichen Verhältnisse in rosigstem Lichte. Das Unternehmertum heimste die goldene Ernte ein und hatte genug damit zu thun, die Arbeiter, die so „unverschämt“ waren, auch einen Antheil an der günstigen Geschäftslage zu beanspruchen, von sich abzuwehren und die amtlichen Kreise legten die Hände in den Schoos in dem erhabenden Bewußtsein, daß alles herrlich eingerichtet sei im lieben deutschen Vaterlande. Nun ist die Krisis eingetreten und überall hört man das Jammern und Stöhnen dieser Leute über die schlechten Geschäfte.

Die Thronrede, womit Graf Bülow am 8. Januar den preussischen Landtag eröffnet hat, beklagt es, daß „die Ungunst der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Gestaltung der Staatsfinanzen im laufenden Etatsjahre nicht ohne Einfluß geblieben ist“ und daß „nach den bisherigen Ergebnissen ein günstiger Abschluß nicht zu erwarten ist“, weshalb „die Einnahmen des Staates niedriger veranschlagt werden müssen, als im vorigen Etatsjahre“. An demselben Tage hielt der Reichschatzsekretär von Thielmann im Reichstage eine Rede, worin er u. a. Folgendes ausführte: „Als ich im verflossenen Jahre von der Ungunst der Reichsfinanzen sprach, wurde ich vielfach der Schwarzmalerei beschuldigt. Zu meinem Bedauern habe ich abermals Recht gehabt; die Entwicklung der Verhältnisse hat meine Vorhersage nicht nur bestätigt, sondern die Lage hat sich sogar noch schlechter gestaltet, als man vorhersehen konnte. Der Aufschwung der letzten Jahre des verflossenen Jahrhunderts hat einer Depression Platz gemacht, die in zahlreichen Bankrotten in die Erscheinung getreten ist. Solche Ereignisse können natürlich auch die Reichsfinanzen nicht unberührt lassen. Das lehrt z. B. ein Vergleich der Finanzlage im letzten Jahresfünft vor der Krisis mit der jetzigen Situation. Damals, 1895—96 und in den folgenden Jahren, waren die Reichseinnahmen in einem erfreulichen Steigen begriffen, das jetzt nicht in diesem Maße anhalten dürfte. Die Zölle und Verbrauchssteuern brachten 1900/01 eine Einnahme von 896 Millionen, das ist gegen das Vorjahr eine Steigerung von mehr als 32 Millionen. Für das laufende Jahr erwarten wir trotz der stattgehabten Erhöhung der Steuern nur eine Gesamteinnahme von 909 Millionen. Das unerfreuliche finanzielle Ergebnis beruht zum Theil auf einer vorübergehenden Erscheinung, der Reform des Postwesens, im Uebrigen ist der Rückgang durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt. Hätte die durchschnittliche Steigerung der Einnahmen wie in den letzten sechs Jahren vorgehalten, so hätten wir für 1902 fünfzig Millionen mehr veranschlagen können. An eine Erhöhung der Matrikularbeiträge ist bei der schlechten finanziellen Lage der Einzelstaaten nicht zu denken. Sachsen hat bereits einen erheblichen Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben, besonders schmerzhaft ist die Lage in den kleinen thüringischen Staaten. — Während wir in den letzten Jahren aus den Zöllen und Verbrauchssteuern höhere Einnahmen erzielen, als wir geschätzt hatten, haben wir für das verflossene Jahr die Schätzung nicht erreicht. Für 1902 erwarten wir einen Einnahmeausfall auch sicherlich bei der Zuckersteuer. Der Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben wird sich, da an eine Erhöhung der Matrikularbeiträge nicht zu denken ist, nur durch einen Anleihebedarf von 182 Millionen Mark ermöglichen lassen. Das Gesamtbild der finanziellen Lage ist ein so unerfreuliches, wie es kaum im vorigen Jahre zu erwarten war. Wir werden schließlich nicht umhin können, auf neue Einnahmequellen zu sinnen, und sollten diese notwendig werden, so dürften jedenfalls Bier und Tabak in erster Reihe in Betracht kommen.“

Diese rührenden Klagen, daß in dem kommenden Jahre weniger Geld in den Staatsfächer fließen wird, als im vergangenen Jahre, muß einen Sozialpolitiker, dem das Wohl des Volkes höher steht, als die Staatskasse, ganz eigenartig herühren. Weder in der preussischen Thronrede, noch in der Rede des Reichschatzsekretärs, noch auch in der darauffolgenden Rede des Reichszanklers finden wir einen Ton des Mitgeföhls mit dem unbeschreiblichen Elende, das die wirtschaftliche Krisis über zahllose Arbeiterfamilien heraufbeschworen hat; lediglich der Rückgang der Staatseinnahmen wird beklagt. Das charakterisiert den heutigen kapitalistischen Klassenstaat besser als alles andere. Mag das Volk Noth leiden, wenn nur im Staatsfächer keine Ebbe eintritt; die Staatskunst beruht darauf, neue Einnahmequellen zu schaffen. Tabak und Bier muß noch mehr bluten, die übrigen Lebensmittel müssen durch Zölle verteuert werden, damit Geld in die Kasse fließt. Ob das Volk unter dem Steuerdruck seufzt und ächzt — was kümmert das die Finanzminister?

Entsprechend dieser amtlichen sozialpolitischen „Weisheit“ ist auch das Verhalten des Staates in der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis. Nirgends ein Programm praktischer Sozialpolitik zur Beseitigung des Massenelends, nirgends ein festes Zugreifen, um die Quelle des Uebels zu verstopfen, hier und da etwas Flickarbeit, ein unsicheres Hin- und Herlaufen, das ist alles, was die vielgerühmte moderne Staatskunst zuwege bringt. Sogar ein solch zahmes Blatt, wie die „Soziale Praxis“, tadelt die sozialpolitischen Unterlassungssünden der Regierung, die sich angesichts der großen Nothlage weiterer Schritte darauf beschränkt, Erhebungen und Untersuchungen über die Ausdehnung der Krisis anzustellen.

„Hätten wir ein Reichsarbeitsamt,“ so heißt es in einem diesbezüglichen Artikel, „besäßen wir nur eine gut ausgebaute und regelrecht gepflegte Arbeitsstatistik, wie sie fast alle Kulturländer besitzen, so wären solche Erhebungen (wie die soeben in Preußen, Bayern, Sachsen, Baden und Hessen eingeleiteten) jetzt nicht nöthig; denn dann wüßten wir seit langer Zeit, wie die Dinge stehen. So außerordentlich dankenswerth die Uebersichten sind, die private Feststellungen über den Arbeitsmarkt in Deutschland geben, so können sie doch entfernt nicht den Mangel einer fortlaufenden amtlichen Beobachtung ersetzen. Jedem Sozialpolitiker muß eigentlich ein trübes Gefühl beschleichen, wenn er die sorgfältigen, auf Grund von etwa 2500 Mittheilungen von Unternehmern, Arbeitern und unparteiischen Sachverständigen aufgestellten Berichte über den Stand des Arbeitsmarktes in England allmonatlich in der amtlichen „Labour Gazette“ liest. Die zur Zeit aus ganz bestimmter Veranlassung angeordneten einmaligen Erhebungen der Einzelstaaten können an Gründlichkeit und Schlußigkeit keinesfalls eine regelmäßige Berichterstattung ersetzen.“

Eine zweite Unterlassungssünde ist der Mangel einer Pflege der Arbeitsvermittlung von staatswegen in weiten Theilen des Reichs. Nicht in allen! Die Regierungen in Bayern, Baden, Württemberg haben in der Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises in ihren Ländern Bedeutendes geleistet; für Preußen kommt hier vornehmlich der Regierungsbezirk Düsseldorf in Betracht. Auch auf diesem Gebiete ist die private und kommunale Initiative, so rühmig und segensreich sie wirkt, nicht im Stande, ein wohlgegliedertes Netz zu schaffen, das Stadt und Land völlig umfaßt. Es gilt praktische Institutionen ins Leben zu rufen, die Gemeinden zu veranlassen, Arbeitsnachweise mit paritätischer Verwaltung zu gründen, diese kommunalen Stellen unter einander und mit denen der Nachbarländer zu verbinden, durch Staatszuschüsse ihren Verkehr zu erleichtern. Der Staat kann durch Förderung dieser Wünsche auch dem sozialen Frieden dienen.“

So sehr wir auch dem Schreiber des Artikels zustimmen und mit ihm die Unterlassungssünden der Reichsregierung und der Majoritätsparteien verurtheilen, so müssen wir doch immer wieder hervorheben, daß Arbeitsämter und Arbeitsnachweise, so dankenswerthe Einrichtungen sie auch sind, die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen oder wesentlich mildern können. Sie können keine Arbeitsgelegenheit schaffen, wenn infolge der gesteigerten Produktion und der mangelnden Kaufkraft

der großen Massen hunderttausende von Arbeitern auf der Straße liegen. Wenn keine Arbeit vorhanden ist, so nützt auch das best eingerichtete Arbeitsamt und der best funktionirende Arbeitsnachweis nichts. Um so tadelnswerther ist es aber, daß nicht einmal das Wenige geschieht, was eine vernünftige Sozialpolitik fordert.

Das Einzige, womit sich Thronrede und die Reden vom Regierungstische beschäftigen, ist „die schwierige Lage der Landwirtschaft“. Die „notleidenden Agrarier“ erregen das Mitgeföhls der Regierungskreise, während das Masseneleud der Proletarier nicht mit einem einzigen Worte erwähnt wird. Wir befürchten, daß sich diese Unterlassungssünde noch einmal bitter an den Herren rächen wird, wenn erst das Volk in seiner Gesamtheit zur Erkenntniß gekommen sein wird. Und daß dieser Zeitpunkt bald, möglichst bald eintreten möge, dafür zu wirken und zu kämpfen soll unsere wichtigste Aufgabe und unsere größte Sorge sein.

## „Einrichtungen von Arbeitsnachweisen“

so lautete der Vortrag, den ein Herr L. Kasse, Generalsekretär des Bundes der Arbeitgeberverbände Berlins in einer Versammlung der Berliner Malerzwanngsinung hielt. Bedauerlicherweise hielt es der betreffende Versammlung anwesende Gehülfsenausschuß nicht für notwendig, uns von dieser Botschaft irgend eine Mittheilung zu machen, so daß wir erst durch die „Deutsche Malerztg.“ davon Kenntniß erhielten, der wir darüber das Nachfolgende entnehmen. Herr Kasse führte etwa Folgendes aus:

„Eine sozialpolitische Frage von großer Bedeutung wird in letzter Zeit bei den Regierungen, in parlamentarischen Kreisen und in der Presse vielfach erörtert. Es ist die Frage der Arbeitsnachweise, die von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern heftig umstritten wird.“

Die Geschichte der Arbeitsvermittlung ist sehr alt. Näheres darüber ist aus der Zukunft, wo die Arbeitsvermittlung durch einen sogenannten Sprechmeister geschah, bekannt. Als später sich die guten Beziehungen zwischen Meister und Gesellen lockerten, da wurden die Bestrebungen der Gesellen auf die Beherrschung der Arbeitsnachweise von ihren Korporationen kräftig unterstützt, so daß die Gesellen durch die Arbeitsnachweise auf die Meister einen starken Druck ausüben und sie in ihrer Entschliesungsfreiheit behindern konnten.

Nachdem die freie Erwerbsordnung und die freie Wahl des Berufes und Aufenthaltsortes durchgeführt war, nachdem die Industrie und das Verkehrsnetz sich rapid entwickelten, nahm demgemäß auch die Arbeitsvermittlung an Bedeutung zu. Zunächst war aber diese Arbeitsvermittlung nur durch die Hirsch-Dunker'schen und die Nachweise der Gewerkschaften vertreten. Beide Arten der Arbeitsnachweise, wenn auch verschieden in ihren Mitteln, haben das gemeinsame, daß sie bei allen Bewegungen stets Partei gegen die Arbeitgeber ergreifen.

Besonders feindselig gegen die Arbeitgeber zeigten sich die Nachweise der Gewerkschaften, so daß die Arbeitgeber sehr bald einsahen, daß solche Arbeitsnachweise ihnen nur zum Schaden gereichten. Wir haben dreierlei von Arbeitsnachweisen zu betrachten:

1. Die Arbeitsnachweise der Arbeitnehmer oder Gewerkschaften,
2. die paritätischen Arbeitsnachweise, von Vereinen oder Kommunen gegründet,
3. die Arbeitsnachweise von Arbeitgeberverbänden.

Die Arbeitsnachweise der Arbeitnehmer, welche, wie ich schon eingangs erwähnte, sich offen feindselig gegen die Arbeitgeber stellen, kommen für uns hier weiter nicht in Frage. Diese Arbeitsnachweise waren lediglich als Kampfmittel gegen die Arbeitgeber ins Leben gerufen.

Betrachten wir daher die zweite Art der Arbeitsnachweise, die von gemeinnützigen Vereinen, Kommunen usw. errichteten paritätischen Arbeitsnachweise.

Lange ohne Bedeutung haben diese sich erst in letzter Zeit durch eifrige Agitation, durch Broschüren, durch umfangreiche Statistiken und besonders durch das den Laien befreundete Schlagwort „unparteiische Arbeitsnachweise“ weitere Kreise erschlossen. Die Sympathien der Arbeitgeber haben und werden diese Nachweise sich aber nicht erwerben, weil ihre Bestrebungen sich mit den Interessen der Arbeitgeber nicht in Einklang bringen lassen.

Auf dem Papier machen sich diese Ziele und Bestrebungen sehr schön, doch in der Praxis sind sie undurchführbar. Jeder nicht Voreingenommene wird zugeben müssen, daß für den im wirtschaftlichen Kampf stehenden und Ringenden eine vollständige Parteilosigkeit unmöglich ist. Die Verfechter der paritätischen Arbeitsnachweise sind aber unter sich gar nicht einig, was eigentlich unter unparteiisch zu verstehen ist. Der Eine sagt, es sei unparteiisch, wenn Arbeiter während eines Streiks eingestellt werden. Der Andere sagt nein,

parteilich ist, wenn während eines Streiks ein Arbeiter eingestellt wird!

Im übrigen aber haben sich die sogenannten parteilosen Nachweise durchaus nicht so parteilos bewiesen, sondern bei allen Bewegungen sich fast ausnahmslos auf die Seite der Arbeitnehmer gestellt. Dann aber haben sie öfters auch versucht, sich in Angelegenheiten der Arbeitgeber zu mischen, die sie absolut nichts angehen. Ein Beweis, daß ihre Bestrebungen auf ganz etwas anderes hinausgehen. Vor allem liegt bei den Vertretern der parteilosen Nachweise eine ganz falsche Auffassung über die Gleichberechtigung der beiden vorhandenen Parteien vor. Eine Gleichberechtigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Arbeitsverhältnis giebt es nicht. Der Arbeitgeber trägt allein alle Verantwortung, er setzt seine Erfahrungen, seine Intelligenz ein, riskiert sein Kapital, während der Arbeitnehmer gar keine Verantwortung hat, aus diesem Grunde kann doch von einer Gleichberechtigung keine Rede sein. Die Wirksamkeit der parteilosen Nachweise ist in Rücksicht auf Armenpolitik und Wohlthätigkeitsbestrebungen für die Kreise „ungelehrter“ Arbeiter durchaus anzuerkennen, doch sobald die Thätigkeit derselben sich auf „gelernte“ Arbeiter ausdehnt, greift sie dem Handwerk und der Industrie zum Schaden. Diese Nachweise sind nicht in der Lage, den Arbeitgebern Arbeitskräfte zuzuführen, die Garantie bieten, daß sie die nötigen Fähigkeiten besitzen und auch die Garantie bieten, daß sie nicht die Ruhe und den Frieden in den Werkstätten stören.

Wir kommen zu der dritten Art der Arbeitsnachweise. Arbeitsnachweise, welche von Arbeitgeberverbänden ins Leben gerufen sind, die von den Arbeitgebern allein unterhalten und allein geleitet werden.

Bei diesen Nachweisen wird besonders zum Ausdruck gebracht, daß es unbedingt das gute Recht des Arbeitgebers ist, den Arbeiter anzunehmen, der ihm paßt, und den Arbeiter zu entlassen, der ihm nicht paßt, wie es nämlich auch das Recht des Arbeitnehmers ist, dort Arbeit anzunehmen, wo es ihm paßt und da aufzuhören, wo es ihm nicht gefällt. Es besteht hierin somit das gleiche Recht für beide Parteien.

Bei der vorgeschrittenen Technik, bei dem theuren Material, bei den theuren Maschinen, welche den Arbeitnehmern anvertraut werden, müssen an die einzelnen Arbeitnehmer ganz besondere Anforderungen gestellt werden, es ist daher Pflicht solcher Arbeitsnachweise, ohne Rücksicht auf Armen- und Unterstützungspolitik, den richtigen Mann für den richtigen Platz auszufinden.

Vergeffen wollen wir aber nicht, daß diese Arbeitsnachweise der Arbeitgeber lediglich als Abwehrmittel gegründet sind, daher ist es ebenso auch Pflicht derselben, dafür Sorge zu tragen, daß nicht Personen in die Werkstätten und Betriebe kommen, die sich berufen fühlen, überall den Frieden zu stören und Unfrieden zu säen. (1. Heft.)

Wenn diese beiden Punkte streng beobachtet werden, so kann es nicht verfehlen, daß solche Arbeitsnachweise auch erzieherisch auf die Arbeitnehmer einwirken, dieselben werden sich bemühen, ihren Pflichten nachzukommen und für den ihnen gebotenen Lohn die entsprechende Arbeit zu leisten; so mancher wird sich aber auch an übertriebenen Forderungen abhalten lassen.

Die hier eben ausgeführten Punkte, welche die Arbeitgeber als ihr gutes Recht in Anspruch nehmen, einzustellen, wer ihnen paßt und zu entlassen, wer ihnen nicht paßt, lässige und zentente Personen, welche versuchen, Unfrieden zu stiften, den Werkstätten fern zu halten, nennt uns von den anderen Arbeitsnachweisen, wie auch die Ansicht, daß wir bei unberechtigtem Streiks unter allen Umständen für Ersatz kräfte sorgen müssen. Wenn die Gegner der Arbeitsnachweise der Arbeitgeber behaupten, solche Nachweise seien nur „Kontrollstellen“, so beruht diese Behauptung auf geringer Kenntniss dieser Einrichtungen. Eine statistische Zusammenstellung beweist, daß in demselben Zeitraum in Preußen z. B. durch die Arbeitsnachweise der Arbeitgeber ebenso viele Arbeiter erhalten haben, als durch alle übrigen Nachweise zusammen.

Daß diese Arbeitsnachweise der Arbeitgeber leider oftmals gezwungen sind, als Kontrollstellen

aufzutreten, bestreiten wir nicht, dieses geschieht im Interesse der Arbeitgeber, aber auch im Interesse von tausend Arbeitnehmern. (Aber was für welche D. Med.)

Der Bund der Arbeitgeberverbände steht daher noch wie vor auf dem Standpunkt, daß im Interesse der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer und zur Förderung des sozialen Friedens nur solche Arbeitsnachweise beitragen können, die an Leistung allein in den Händen der Arbeitgeber liegen.

Der Bund hofft, daß in allen Kreisen der Handwerker diese Ansicht ebenfalls durchbringt und daß in allen Kreisen der Handwerker die Bestrebungen des Bundes, solche Arbeitsnachweise einzurichten, unterstützt werden zum Gebelien des Handwerks und zum Wohle unseres Vaterlandes.

Reicher Weisfall lohnte dem Medner."

In der letzten Zeit haben wir mehrere von Arbeitgeberverbänden bezahlte Tagelöhner kennen gelernt, die infolge ihres Abhängigkeitsverhältnisses auf „Kommendo“ den „Verzichtungskampfe“ gegen die organisierte Arbeiterschaft zu führen haben, so daß wir uns über obige, in keiner Weise von Sachkenntnis getriebener einsätzlichen Ausführungen nicht wundern, ob der Hebrer Kasse, Martens, Tille, Kessel, Habersbrunner oder sonstige heißen mag.

Wir uns kommt nur das Eine in Betracht: Im Berliner Malerhandwerk besteht seit 1899 der parteilose Arbeitsnachweis. Nach übereinstimmender Ansicht wurde damals anerkannt, daß der parteilose Arbeitsnachweis eine Einrichtung zur Förderung des geordneten Verhältnisses zwischen Meister und Gesellen sein soll. Soweit wir unterrichtet sind, hat sich diese Einrichtung gut bewährt, was uns von beiden Seiten bestätigt wurde. Hat sich nun auf einmal das Blatt gewendet, denn der „reiche Weisfall“ ist ein charakteristisches Zeichen oder ist es das obligate Händeklopfen der gedankenlosen Masse, die jedem Hebrer, ob derselbe für oder gegen eine Sache spricht, jubelt?

Dazu kommt, daß in Nr. 10 der Berliner Malerzeitung ein gleichartiger Artikel Aufnahme gefunden hat, welcher aus der Scharfmacherischen Deutsch. Volksw. Correpondenz entnommen ist, ohne daß die Redaktion eine Bemerkung dazu machte, trotzdem Herr E. Kruse unseres Wissens Mitglied des Arbeitsnachweis-Kuratoriums ist. Diese Vorgänge zeigen uns, daß eine wohlbekannte Strömung in der Berliner Malerzunft umher überhand zu nehmen scheint, welcher unsere Kollegen die größte Aufmerksamkeit zu widmen haben. Denn wenn von der Zunft oder der Redaktion aus ähnliche Abfälligkeiten zu Grunde liegen, so wäre es unbegreiflich, derartige Stimmungsmache zu betreiben. Auf die Frage der Arbeitsnachweise werden wir noch zurückkommen.

## Aus unserem Verufe.

Aus Dresden schreibt man uns: Von seinem hochgepriesenen Vertrauen in den Hochmuth des Unternehmertums, was eine gewisse Spezies unserer Kollegen gegen die von Organisationsbestrebungen ihrer Berufsgenossen feindlich gegenüberstehen, dem Arbeitgeber aber allezeit getreue Diener, sogenannte Poliere sind, wurde hier ein Kollege Schönert gründlich geheit. Dieser klagte vor dem hiesigen Gewerbegericht gegen Herrn Malermeister Schirmer auf 638.18 M resp. 10 pSt. Antantiem an den von ihm geleiteten Arbeiten. Herr Schirmer bestritt, einer diesbezüglichen Vereinbarung zugestimmt zu haben und beruft sich dabei auf einen Vertrag, nach dem Schönert eine Vergütung für von ihm geleistete Arbeiten nur nach Leistung und freiem Ermessen zugesichert bekommen. Da nun Schönert keinen authentischen Nachweis für das Bestehen eines Vertrages, aus dem sich seine Forderung rechtfertigen ließe, erbringen kann, Herr Schirmer aber seine Angaben beschwört, zieht Schönert seine Klage zurück, worauf Herr Schirmer erklärt, nunmehr 126 M von Schönert einzulösen zu wollen, die dieser ihm schulde, weil er Arbeiter zu spät von der Krankenkasse abgemeldet habe. — Was hat es nun Kollegen Schönert genügt, daß er bisher für 45 J. einen tüchtigen Polier resp. Geschäftsführer bei Herrn Schirmer gespielt und auf fette Prozente hoffend, Herrn Schirmer bei Ausbeutung seiner Arbeiter hülfreich zur Seite gestanden hat? Jetzt muß er noch zahlen für Vergehen, die ihm wahrscheinlich gern verziehen worden wären, wenn er sich nur die

Lösung von Bariumsulfid erhalten wird. Diese Flüssigkeit muß natürlich auf ihren Gehalt untersucht werden, da man andernfalls völlig im Dunkeln tappen würde, was der Fabrikation sicher nicht zum Vortheil gereichen dürfte.

Zur Herstellung von Lithoponweiß besser Qualität giebt man in einen großen Holzbottich eine Auflösung von 60 Kilogramm festen Zinkchlorids in 600 Liter Wasser; es kann auch mehr Wasser genommen werden, da die Farbe um so feiner wird, je verdünnter die Lösung ist. Dann füllt man ein 76.5 Kilogramm Bariumsulfid enthaltendes Quantum der Bariumsulfidlösung langsam und unter beständigem Umrühren zu. In gleicher Weise fügt man dann noch 146 Kilogramm Glaubersalz in 1100 Liter Wasser gelöst hinzu. Dann hält man mit dem Umrühren inne und läßt den Niederschlag von Zinkchlorid und Bariumchlorid sich setzen. In dies geschieden, so wird die darüber stehende, klare Flüssigkeit abgelassen, an deren Stelle reines Wasser eingefüllt und durch kräftiges Rühren der Niederschlag tüchtig durchgewaschen. Hiernach läßt man die Masse sich wieder am Boden ablagern, läßt das Waschwasser ab und bringt den Niederschlag zunächst in eine Filterpresse und dann in einen Ofen, in welchem derselbe getrocknet wird; hiernach ist das Fabrikat für die Lösung fertig.

Wird eine billigere Farbe geringerer Qualität gewünscht, so ist das oben angegebene Verfahren wie folgt abzuändern: Nach dem Zusatz der Bariumsulfidlösung zu der Zinkchloridlösung fügt man 114 Kilogramm Bariumchlorid in 870 Liter Wasser gelöst hinzu und hierauf ebenso 292 Kilogramm Glaubersalz in 2170 Liter Wasser. Im Uebrigen verfährt man genau ebenso wie vorher. Bei diesen Verhältnissen enthält die fertige Farbe 84 bis 85 pSt. Bariumsulfat, 8 bis 8.5 pSt. Zinkchlorid und 7 bis 7.2 pSt. Zinkoxyd.

Nach dem Waschen und Trocknen wird das Gemisch von Bariumsulfat und Zinkchlorid in einem Muffelofen, durch welchen ein Luftstrom streicht, bis auf Rothglut erhitzt. Hierbei ist die ganze Masse beständig gründlich durchzurühren, so daß auf dieselbe in allen Theilen gleichmäßig einwirkt wird. Während dieser Operation geht ein Theil des Zinkchlorids in Zinkoxyd über, während der Schwefel derselben als Schwefeldioxyd (Schweflige Säure) abgeht. Einige Fabrikanten führen die Lösung in Tiegeln aus; der Muffelofen ist jedoch bequemer und giebt ausgezeichnete Resultate. Im Allgemeinen genügt für das Rösten 1½ Stunden. Nach dem Abkühlen wird das Produkt fein gemahlen und ist dann zum Verkauf bereit.

Weitere Informationen, das Lithoponweiß betreffend, sind zu finden in den englischen Patentschriften von J. B. Orr 1874; Griffith 1875, 77 und 79; Knight 1876 und 1882; ferner in Gutts „Manual of Painter Colours“.

verdammten Tanktönen nicht in den Kopf gesetzt hätte. Aber gerade bei Schönert haben alle Ermahnungen, das Poliersystem eher zu bekämpfen als noch zu befestigen, lieber dem Unternehmer gegenüber die Interessen der Kollegen zu wahren als sie an diesen zu verfeuern, nichts genützt. Jedenfalls hat er Herrn Schirmer noch in Schutz genommen, als wir die von ihm gezahlten Akkordlöcher als erbärmlich bezeichneten und als er herzutrat, wurde, daß Arbeiten in einem städtischen Bau nicht in vereinbarter Weise, sondern minderwertig angefertigt wurden, so daß selbst die Behörde stuzig wurde und nachersuchte. Ob er auch Herrn Schirmer in seiner Meinung bestärkt hat, als dieser, ein um das Wohl der Lehrlinge besonders besorgter Mann (denn er war Mitglied des Ausschusses für das Lehrlingswesen der hiesigen Zwangsinnung) von unseren Kollegen interpelliert und festgenagelt, erklärte, er habe seinen Lehrling nur an Ordnung und fleißiges Arbeiten gewöhnen wollen, hofft er ihn in Akkord arbeiten lies, wissen wir selber nicht, hoffen aber, daß er jetzt, nach solchen Erfahrungen, mit all den Kollegen einer Meinung ist, die gerade Herrn Schirmer in keinem guten Gedanken bewahren. Vielleicht sieht er auch ein, welche traurige Rolle er bisher gespielt hat und wäre es gut, wenn dieser Fall noch vielen ebenso Vertrauensfertigen ein warnendes Beispiel würde. Im Uebrigen sei noch erwähnt, daß Herr Schirmer bei Submissionen nicht gerade hohe Preise notirt, weshalb auch seine Kollegen in der erwähnten Gerichtsverhandlung; er habe im vorigen Jahre 5000 M eingekauft, bei niemandem Mitleid erwecken werden. Hoffen wir, daß dies zugleich ein Geständnis war, daß auch bei Akkordarbeit der Ausbeutungs-möglichkeit menschlicher Arbeitskraft natürliche Grenzen gezogen sind, die selbst Herr Schirmer ungestraft nicht überschreiten kann. Und wenn unsere Vermuthung richtig ist, daß in diesem Defizit auch die Kosten mit eingerechnet sind für die Arbeiten, die auf Anordnung der Behörde in der städtischen Gewerbeschule noch einmal gemacht werden mußten, was Herr Schirmer natürlich vorher nicht ahnen konnte, weil er nicht daran gedacht hat, daß unsere Organisation sich mit dieser Sache beschäftigen würde, so ist der von ihm beflagte Verlust nicht ohne seine eigene Schuld entstanden. Geseht natürlich, wir glauben überhaupt an einen solchen und in dieser Höhe, was uns immer etwas schwer fällt, denn es ist gar zu oft beobachtet worden, daß Unternehmer bei fortwährendem Zuehen ihrem Vermögen so viel zusehen, daß sie schließlich schwerverreiche Leute wurden. Facta loguuntur!

+ In Berlin bestanden im letzten Jahre 63 Zünfte, davon waren 45 freie und 18 Zwangsinnungen. Die Zwangsinnung der Maler hatte seit ihrer Errichtung im Jahre 1809 einen starken Zuwachs von Mitgliedern erfahren, deren Gehülfen von Berlin mehr als viele Worte zur endlichen Einsicht gemahnen sollte. Die Zahl der Zunftmitglieder stieg von 501 auf 1142, es sind demnach alle Berliner Malermeister organisiert, ausgenommen vielleicht diejenigen, die ohne Gehülfen arbeiten. Die Einnahmen stiegen von 5444 M auf 12153 M und die Ausgaben von 5722 auf 11988 M.

+ Die Maler- und Anstreichermeister von Dürren haben eine freie Zunft gegründet.

+ In Hemen fand am 21. Dezember eine Zusammenkunft der Maler- und Anstreichermeister des Amtes Hemen statt, worauf einstimmig die Gründung einer Zwangsinnung für Maler, Anstreicher, Tapezierer, Glaser und Radierer beschlossen wurde.

+ Nach der Aemstcheider Zeitung klagen die dortigen Handwerksmeister allgemein über Mangel an Lehrlingen. Hoffentlich gehören die Anstreichermeister nicht dazu, denn in Hemscheid steht in unserem Verufe die Lehrlingszuchterei und Ausbeutung in schönster Blüthe.

+ Der Vorstand der Wiesbadener Handwerkerkammer beschloß in seiner letzten Sitzung: 1. Auf Antrag der Zünfteinnung zu Wiesbaden die „Ehrung“ der Zünfter bezw. Ladiregehilfen Heinrich Schmidt zu Nambach und F. Schmeider zu Wiesbaden. (Ob die Ehrung darin besteht, daß ein Teil von Mehrettrag der geleisteten und nicht vergüteten Arbeit nachbezahlt wird, ist leider nicht angegeben.) 2. Sollen zu Hadaamaru. a. auch für das Ladirez-, Zünfter- und Anstreicher-

## Der Anstrich großer Brücken.

(Nachdruck verboten.)

HD. Der New Yorker Verwaltung ist die Frage des Anstriches großer Brücken kürzlich sehr dringend und in etwas peinlicher Weise nahe gelegt worden durch die außerordentlichen Enthüllungen der von dem Distrikt Attorney zur Untersuchung der Brooklyn-Brücke eingeleiteten, sachverständigen Kommission. In Verbindung hiermit dürften einige Thatsachen hinsichtlich des Anstrichsystems, welches für die größte und wichtigste Brücke der Welt, die Forth Bridge in Schottland, eingeführt wurde, von Interesse sein. Es scheint, daß seit dieser Bau vor 11 Jahren dem Vertheil übergeben wurde, die Anstreicherarbeiten ohne Unterbrechung fortgesetzt worden sind. Ein Staff von ungefähr 35 Mann ist bei der Arbeit beschäftigt. Sie beginnen den Anstrich am südlichen Ende des Baues (welcher beiläufig 2 Hauptbögen von 1710 Fuß und 2 Stützbögen von 700 Fuß umfaßt) und die Arbeit schreitet täglich fort, außer Sonntags und bei außergewöhnlich stürmischen Wetter, bis das nördliche Ende der Brücke erreicht ist.

Das Anstreichen der Brücke, welche allein in den Auslegertheilen ungefähr 1.6 Kilometer lang ist, dauert bei dieser Arbeitsmethode drei Jahre. Die Periode von 36 Monaten zeigt die Länge der Anstrich hier überhaupt wirksam ist. Denn kaum ist ein Ueberzug beendet, so wird die Arbeit schon wieder von Neuem begonnen. Der ungeheure Bau erhält jetzt schon seinen vierten Farbenmantel. Um den Malern zu ermöglichen, bequem jeden Theil der Brücke zu erreichen, hat der angestellte Ingenieur ein System von Leitern und Dampfselevatoren erfinden. Wo es möglich ist, macht man Gebrauch von Leitern, welche an den Gitterstäben befestigt sind, doch um die höchsten Theile der Ausleger zu erreichen, welche sich zu einer Höhe von 360 Fuß über die Piers erheben, ist ein System permanenter Selevatoren eingerichtet worden. Diese werden mittels Dampfwinden betrieben, welche ein wenig unterhalb des Niveaus des Strakenbauwerkes angebracht sind. In der Nähe jedes Elevators ist ein Haus erbaut worden, in welchem die Farbe gemischt wird. Um die untere Seite der Brücke zu erreichen, sind permanente Drahtseile längs jeder Seite des Baues ausgespannt, an denen die Plattformen der Maler in der Weise hängen, daß sie am Seil entlang gezogen werden können. Einen Beweis der Gründlichkeit, mit welcher die Arbeit verrichtet wird, bildet die Thatsache, daß bisher kein Theil der Brücke irgend welche Anzeichen von Verfall zeigte oder reparaturbedürftig wurde, obgleich die Zerstörung des Anstrichs hier sehr rapide vor sich geht.

gewerbe Gesellenprüfungsausschüsse errichtet werden; 3. sollen auf Antrag des Gesellenprüfungsausschusses für Dekorationsmalerei zu Frankfurt a. M. regelmäßig wiederkehrende Prüfungstermine in der ersten Woche vom April und Oktober festgelegt werden.

**Submissionsblüten:** Hamburg. In der Submission zur Ausführung der Arbeiten für den Volkshochschulbau in Winterhude, Baumfelderstr., gingen folgende Offerten für die Malerarbeiten ein:

Schmidt	4500 M
Edermann	3250 "
Reimers	3100 "
Mhlreep	2900 "
Schlüter	2900 "
Sant	2860 "
Wögel	2700 "
Heuer	2670 "
Sippel	2650 "
Scharnhorst	2400 "
Niehl	2380 "

**Stückl. Eisenbahn-Betriebsinspektion I in Köln.** Ausführung eines zweifarbigen Deckfarbenanstriches von rund 8000 Quadratmeter Metallflächen ausschließlich Materiallieferung.

H. Susschmid, Köln	2880,—
F. Hüls, Köln	2000,—
G. Schöller, Köln	3440,—
S. Schuster, Köln-Lindenhal	3600,—
S. Reinsch, Köln-Deug	14 1/2 M pro Quadratmt.
S. G. Koll, Köln	2240,—
A. Monschan, Köln	32 M pro Quadratmt.
Jac. Mecher, Düsseldorf	2160,—
Gehr. Meiser, Köln	4000,—
Wilh. Heitgen, Köln	8000,—
M. Borfari, Köln	2400,—
F. Hartel, Köln	1760,—
Wic. Gassen, Köln	2240,—
P. W. Massau, Köln	3840,—
Joh. Münzberger, Bahenthal	2400,—

**Braunschweig. (Situationsbericht.)** Anschließend an den letzten Bericht in Nr. 46 des „W.-M.“, zur Lage in Braunschweig, muß auch ich leider zugeben, daß viele Kollegen hier es für zwecklos halten, der Organisation beizutreten. Aller sonstige Aktivismus geht vor; nur nicht um die eigene Werkstellung kümmern. Die Widerreden, die man zu hören bekommt, wenn man die Kollegen zum Beitritt auffordert, lassen gar zu deutlich erkennen, wie wenig diese Leute den Zweck und Nutzen der Vereinigung erkennen. Ja selbst von Kollegen, die schon Mitglied waren, muß man Verurteilungen wahrnehmen, die unser Mittel für einen solchen Kollegen errögen können. Wenn man wegen jedes Wort, das in der Hitze des Gesprächs fällt, gleich austreten wollte, dann könnte man immerzu aus- und eintreten. Es ist mit einem Worte gesagt, lächerlich, wenn man auf Grund solcher persönlichen Meinereien der Vereinigung fernbleibt und jetzt dies beutlich, daß man eben von der ganzen Sache kein Verständnis hat. Wiederum gibt es Kollegen, die sich sozusagen für zu gut halten, mit jedem gewöhnlichen Maler und Berufsgenossen in einem Locale ein und dieselbe Luft zu atmen. Andere haben Aussicht, „Geschäftsführer“ zu werden und können doch unmöglich die „Interessen“ des Meisters und die der Vereinigung zugleich vertreten! Meine Kollegen! Mühtet Ihr euch ein klein wenig denken und den Zweck der Vereinigung kennen lernen, so würdet Ihr bald zu der Erkenntnis kommen, daß Ihr mit dem Beitritt zu Eurer Berufsorganisation keine Sünde begehen würdet und die Meister Euch ebenso achten würden, wie vor der Zeit. Doch genug von diesen Bildern; man sieht eben, daß die Unwissenheit der Kollegen eine große Rolle spielt. Hoffentlich wird es die Zeit auch noch diesen Kollegen lernen, was für einen Nutzen die Vereinigung hat. Beschleunigend wurde schon im „W.-M.“ in den Filialberichten anderer Städte die Klage geführt, daß viele Kollegen nur den Beitrag bezahlen und sich dann weiter um nichts kümmern. Leider sind auch hier ein ganz Teil solcher Kollegen, die da denken, wenn sie ihren Beitrag bezahlt haben, dann ist schon alles abgetan, und würde ihnen dieser nicht (Dank einer gut funktionierenden Hausagitation) aus dem Hause geholt, stände es mit der Mitgliedschaft manches Kollegen ziemlich windig. Kollegen, das ist nicht das Einzige, was ein organisierter Kollege zu tun hat, nur zu zahlen und dann sagen: „Versammlungen und dergleichen Geschäften gehen mich nichts an“ oder „das habe ich früher schon gehört“. Gerade in den Versammlungen, Kollegen, liegt die Fortbildung der Mitglieder und ohne dieselben fehlt der belebende Geist, das gegenseitige Aufmuntern, die offene Aussprache etc. Ein jeder muß mitarbeiten, dann erst gehen wir weiter unserem Ziele entgegen. Gleichzeitig muß ich noch einen Uebelstand, der hier mächtig eingewurzelt zu sein scheint, rügen. Das ist die Unpünktlichkeit oder richtig gesagt, die Bummellei. Wenn man um 9 Uhr eine Versammlung ansetzt und findet um 9 1/2 Uhr schon 4—6 ganze Mitglieder, bei circa 180 in der Mitgliederliste verzeichneten, vor, so ist das wirklich kein erfrischender und anspornernder Eindruck auf Kollegen, die der Organisation noch nicht lange angehören. Eine große Schuld liegt hier bei den Vorstandsmitgliedern selbst, die in allen Dingen mit gutem Beispiel vorangehen sollen. Bevor sie aber das nicht thun, kann man von den Mitgliedern es auch nicht verlangen. Darum sei unser Streben auch nach dieser Seite hin ein durchdringendes, in diesem eben begonnenen Jahre.

Schwer wirkt die jetzige Krise auch auf die gesammte Arbeiterschaft Braunschweigs. Lohnreduktionen, Verkürzung der Arbeitszeit und Entlassung der Arbeiter sind an der Tagesordnung. Wenn sich dieselbe auch in unserem Gewerbe mit ihrer ganzen Schwere und Folgen noch nicht bemerkbar macht, so sei dies ein Mahnruf zum festen Zusammenhalt in der Organisation und den indifferenten Kollegen ein Wahrzeichen für ihr plan- und zielloses Herumirren, damit wir unsere Errungenschaften nicht wieder verlieren und die Prognoseung des Herrn Mhelen, der da meint: „Wir könnten froh sein, wenn wir den Winter über nur 5 J. die Stunde bekämen!“ nicht in Erfüllung geht.

Darum, Kollegen, haltet fest zusammen und Ihr Kollegen, die Ihr noch nicht Mitglied seid, tretet der Vereinigung der Maler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands bei; denn nur einer starken Organisation ist es möglich, solche Anerbietungen zurückzuweisen und bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

**Cöthen. (Situationsbericht.)** Mit dem Schlusse des Jahres wollen auch wir den deutschen Kollegen einen kurzen Ueberblick über den Stand unserer jungen Filiale sowie über unsere Lage im Allgemeinen geben.

Auf Anregung der Nominationskommission zu Halle a. S. wurde hier im Juli vorigen Jahres eine Kahlfelle gegründet, welche sich nach dem 1. Oktober zur Filiale umgestaltete. Das Sprichwort: Eine Karre in den Schmutz ziehen, ist leichter,

als sie wieder herausziehen trifft auch bei uns zu. Denn nachdem unsere frühere Filiale ein so klägliches Ende genommen hat, hält es jetzt wieder schwer, unsere jetzige Filiale wieder auf die richtige Höhe zu bringen. Trozdem können wir bis dato zufrieden sein. In der günstigsten Zeit, welche vom Juli bis Oktober anhält, haben hier 54 Kollegen gearbeitet, wovon 30 organisiert waren. Doch die jetzt herrschende Arbeitslosigkeit hat die Reihen unserer Kollegen bedeuend gelichtet. Am Schlusse des Jahres waren noch 30 Kollegen anwesend, wovon 16 organisiert waren. Arbeitslos sind 10 organisierte und 6 unorganisierte; sodas im Ganzen nur noch 14 Kollegen in Arbeit stehen. 4 große Geschäfte sind hier, welche fast durchschnittlich ihre Gehäusen beschäftigt; 6 weitere Geschäfte haben in der besten Zeit 3 bis 4 Mann, aber nachdem die Oktoberbauer fertiggestellt sind, beschäftigen selbige höchstens noch einen Mann. Dann kommt noch ungefähr ein halbes Duzend Malermeister, von denen man eigentlich nicht recht sagen kann, ob diese Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sind. Da die Bauthätigkeit eine rege zu nennen war, so hätte sich hier vielleicht in Bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse einiges erzielen lassen, wenn die Organisation stark genug gewesen wäre. Seit zehn Jahren ist der Stundenlohn nur um ein paar Pfennige gestiegen, dagegen ist die Arbeitszeit im Sommer immer noch eine elfstündige. Der Stundenlohn schwankt zwischen 32—40 J.

Unsere Mitgliederorganisationen finden regelmäßig alle 14 Tage statt und erfreuten sich dieselben bisher eines regen Besuches. Auch die Hausagitation hat sich gut bewährt. Hier bestand auch noch ein Vereingungsverein; selbiger ist aber durch gegenseitiges Uebereinkommen in die Verwaltung der Filiale übergegangen und sind die Kollegen, mit Ausnahme eines kleinen Bruchteils der Filiale beigetreten. Wenn auch das alte Jahr uns wenig gebracht hat, so können wir doch mit dem Stand unserer Filiale vorläufig zufrieden sein. Doch im neuen Jahre wollen wir rüstig weiterarbeiten und nicht raften, bis auch die uns noch fernstehenden Kollegen erkannt haben: Arbeiter, haltet fest an der Organisation; denn sie wird Euch zum Siege führen!

### Gewerkschaftliches und Soziales.

Die Arbeiterbildungsschule in Berlin beginnt Dienstag, 14. Januar ihren Unterricht. Von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß Aufklärung und Wissen zu den wichtigsten Mitteln gehören, mit denen der Arbeiter seinen schweren Lebenskampf durchzuführen vermag, ist vor 11 Jahren die Arbeiter-Bildungsschule durch Wilhelm Liebknecht ins Leben gerufen worden. Sie war stets beehrt, durch Gewinnung solcher Lehrkräfte, die vorzüglich für den Unterricht in Arbeitertreuen geeignet sind, sowie durch sorgsame Auswahl der Unterrichtsstoffe ihr Ziel zu erreichen. Sie wandte sich an Männer und Frauen der Arbeiterschaft in gleicher Weise. Eine rege Beteiligung an den einzelnen Unterrichtsfächern (Nationalökonomie, Gesellschaftslehre, Geschichte, Naturerkenntnis und Handarbeiten) ist im ureigensten Interesse der Arbeiterschaft gelegen.

Der Verband der Dachdecker hielt vom 27.—29. Dezember in Mainz seine Generalversammlung ab, an welcher 19 Delegierte teilnahmen. Aus dem Vorstandsbericht ergab sich, daß durch die Anstellung eines Beamten die Organisation eine bessere Tätigkeit entfalten konnte wie früher. Die Mitgliederzahl stieg von 3086 auf 3606. Es fanden in der Geschäftsperiode 19 Streiks, an welchen 885 Mann beteiligt waren. Die Kosten beliefen sich auf 11 520 Mark. Die Arbeitsnachweise funktionierten gut, auch die Massenverhältnisse haben sich gehoben. Der Wunsch der Delegierten ging dahin, für die Agitation künftighin mehr zu thun. Zum Punkt Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung fand eine rege Diskussion statt, die zur Annahme folgender Resolution führte: Der Verbandstag verweist die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung an die Mitglieder zurück und ersucht um eine Urabstimmung, um festzustellen, ob und inwiefern die Mitglieder sich mit der Einführung einverstanden erklären. Wenn sich zwei Drittel der Mitglieder für die Arbeitslosen-Unterstützung erklären, soll dieselbe eingeführt werden. Der Beitrag soll dann auf 50 J. erhöht werden, wovon 20 J. für die Arbeitslosen-Unterstützung verrechnet werden. Mit der Beitragserhöhung soll eventuell am 1. März 1903, mit der Arbeitslosen-Unterstützung am 1. November 1904 begonnen werden. Der Sitz des Vorstandes bleibt in Frankfurt a. M., wohin auch der Druck der „Dachdecker-Zeitung“ verlegt werden soll. Als Sitz des Ausschusses wurde Bremen bestimmt. In 2 Jahren soll in Dortmund der nächste Verbandstag sein.

Der Redakteur des „Steinarbeiter“, D. Schmidt, ist der bekannten mörderischen Berufskrankheit erlegen. An seine Stelle trat vorläufig D. Gerstenberger.

Mit einer Aussperrung drohen jetzt die Berliner Holzindustrieellen nachdem sie vor kurzem in schöner Weise die Tarifvereinbarung aufgehoben. Sie haben dem deutschen Holzarbeiterverband bis zur nächsten Delegiertenversammlung der Tischlerinnung ein Ultimatum gestellt, die schriftliche Zustimmung von der Aufhebung der bestehenden und der Unterlassung jeder weiteren Klagen über öffentlichen Sperren zu geben, widrigenfalls die Entlassung von 10 pZt. der Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes, welche in Berliner Betrieben beschäftigt sind, durchgeführt werde.

Die freie Vereinigung der Braunschweiger Maurer hat sich eines Besseren besonnen, nachdem die angeführten Einigungsversuche von der Berliner Geschäftskommission hintertrieben worden waren, und nunmehr selbständig ihre Auflösung und den Anschluß an den Zentralverband der Maurer beschlossen.

Die Verlängerung des Vertrages im Berliner Maurergewerbe war in letzter Zeit Gegenstand der Verhandlungen in der Mächteher-Kommission. Dieselben haben zu dem Resultat geführt, daß der seitherige Vertrag ohne wesentliche Veränderungen auf ein Jahr verlängert werden soll. Insbesondere bleibt der bisherige Lohn bestehen. Eine stark besuchte Generalversammlung des Verbandes der Maurer beschloß, unter den von der Mächteher-Kommission festgesetzten Bedingungen auf die Verlängerung des Vertrages auf ein Jahr einzugehen.

Die Grobverbraucher-Gesellschaft Deutschlands in Konstanz wird vom 1. April an ein Frauen-Genossenschaftsblatt herausgeben. Das Blatt erscheint in einer bereits gesicherten Auflage von 80—100 000 Exemplaren und wird von den Konsumenten der Mitglieder gratis zur Verfügung gestellt. Das „Frauen-Genossenschaftsblatt“ wird eine achteilige Halbmonatsschrift genossenschaftlichen und baskerischen Inhaltes sein. Die Administration und Redaktion liegt in den Händen der Schriftleitung der Grobverbraucher-Gesellschaft Hamburg, Pöckelstr. 5.

Das älteste deutsche Gewerkschaftsorgan, der „Correspondent für Deutschlands Bauhandwerker und Schriftsteler“, hat mit diesem Jahre seinen 40. Jahrgang begonnen.

Am 26. Januar halten die Hafnarbeiter in Hamburg ihren Verbandstag ab. — Die Generalversammlung des Deutschen Leberarbeiterverbandes findet am 21. März in Magdeburg statt.

Der Holzarbeiterverband beruft seinen vierten ordentlichen Verbandstag auf den 4. Mai und folgende Tage nach Mainz ein.

Einen „neuen Zentralverband“ gründeten in Hannover Angehörige der Solitex und Bohrum-Hülser aus einigen Städten. Wenn durch diese Vereinskriegerei eine Zeit lang das Geld zwecklos verpulvert sein wird, werden hoffentlich ihnen die Thatfachen beweisen, wie verfehlt solche Absplitterungsversuche sind, da man von vornherein an der Lebensfähigkeit solcher Zweigvereine Zweifel hegen muß. Jedenfalls wäre der Anschluß an den Metallarbeiterverband das einzig richtige und auch zweckmäßige gewesen.

### Vom Ausland.

#### Kongress vom Niederländischen Maler-Bund.

Aus Amsterdam schreibt uns der Kollege van den Tempel:

Wie bekannt, ist die niederländische Arbeiterbewegung sehr zersplittert. Der eine Teil erkennt nur die Gewerkschaftsbewegung an, ein anderer Teil steht auf internationalen Standpunkt und schließt auch die politische Aktion nicht aus. Früher war das anders, die „nur Gewerkschaftler“ mußten aber ganz gut den politischen Streit zu führen. Jetzt ist das nicht mehr so und wird jeder verkehrt, der nicht ihre Ansicht hat. Kein Wunder, daß auch unser Bund im Jahre 1899 seine Krise hatte.

Glücklicherweise hat er sich schnell erholt, nachdem der Sitz von Amsterdam nach dem Haag verlegt worden war.

Bis letztes Jahr erschien die Fachzeitung monatlich. Halbmonatliche Erscheinung hing eng zusammen mit Erhöhung der Beiträge. Hauptvorstand und Filialen sind auf ganz andere Weise verbunden wie im deutschen Verein. Da fließen alle Einnahmen in die Hauptkasse unter Abzug von 25 pZt. an die Filialen, hier gehört alles Geld der Filiale, nur ein gewisser Betrag pro Mitglied und pro Woche fällt dem Hauptvorstand zu. Früher betrug dieser 2 1/2 Cent — 4 1/2 J. pro Woche und Mann. Voriges Jahr wurde dieser Beitrag verdoppelt, was ein halbmonatliches Erscheinen des Blattes ermöglichte. Die Urabstimmung hatte diese Beschlüsse gutgeheißen. Zwei bis drei Monat danach ging aber die Sache doch schief. Die Filialen konnten ihre Beiträge nicht aufbringen und schließlich wurde alles wieder so gemacht wie vorher.

Diesmal lagen wieder verschiedene Anträge zur richtigen Erledigung dieser Geschäfte vor. Zuletzt wurde der Beschluß gefaßt, jede Filiale bezahle an die Hauptkasse pro Mitglied in den Sommermonaten eine Stunde örtlichen Lohn pro Monat und im Winter eine halbe Stunde, womit das Fachblatt wieder halbmonatlich erscheinen kann.

Weiter lag ein Antrag vor, der Bund schliesse sich an den holländischen Arbeiter hat nur ungefähr ein Fünftel Wahl- und Stimmrecht; die Kommission, aus verschiedenen Fach- und politischen Vereinen zusammengesetzt, leitet diese Bewegung. Der reine Gewerkschaftler ist so etwas schon ins Hintertreffen gerückt. Der Antrag wurde abgelehnt aus Furcht vor Uneinigkeit.

Dann fanden die Vorkommnisse in der Amsterdamer Malerbewegung eine Besprechung; es wurde eine Form gefunden, um da wieder hoffentlich zusammenarbeiten zu können.

Im Großen und Ganzen wären das die wichtigsten Punkte, die zur Erledigung kamen. Bis dato ist unser Bund noch nicht viel weiter gekommen, als die Maler in dem Lande zur Organisation aufzuwecken. Eine Kraft entwickeln kann er nur noch sehr ungenügend. Planmäßig und zielbewußt aufzutreten wird wahrscheinlich vorläufig noch nicht möglich sein. Der Geist, der sich nur an Betrachtungen wagt, nur träumt und alleinige Rettung sieht von einem „allgemeinen Streik“ aller Arbeiter, wüthet noch immer und hemmt eine gesunde Gewerkschaftsbewegung, die Seite an Seite mit der Sozialdemokratie marschirt und kämpft. Glücklicherweise werden die bewußten Klassenkämpfe stetig zahlreicher, vielleicht können sie in kurzer Zeit durch ihren Einfluß den Strom in eine bessere Richtung bringen und ohne Zweifel wird das fränkliche „Kind“ dann ein gut geheiltes, das bald den Fieberseuchen entwachst.

Anwesend waren auf dem Kongress 13 Filialen. Der Sitz des Hauptvorstandes bleibt im Haag.

### Eingefandt.

Während jetzt ein großer Teil unserer Kollegen „ferner“ muß, haben auch die Herren Arbeitgeber ihre liebe Noth, durch Schmuckkonturrenz auf Kosten der Arbeiter „Arbeit heranzuschaffen“. So ist z. B. der Auspruch eines Malermeisters in Jena sehr charakteristisch: „Sämtliche Malerarbeiten werden für jeden Preis gemacht.“ Wie mißunter hier der Kampf um Arbeit insollgedessen sich abspielt, davon eine nur kleine Probe.

In der bekanntesten optischen Werkstelle von Carl Zeiß dominiert als Malermeister einzig und allein ein Herr Aug. Müller, der i. Jt. aus der Innung austrat, um „frei nach seinem Ermessen allen übrigen Meistern Konkurrenz bieten zu können“. Ausnahmsweise wurde nun von der Werkstelle C. Zeiß auch anderen Meistern eine Arbeit zur Einreichung von Offerten bekanntgegeben. Es sollten 3000 Schilder 2mal weiß lackirt und mit laufenden Nummern und Buchstaben schwarz beschrieben werden. Bedingung: saubere Arbeit. Darauf gingen Angebote von 15, 10 und 5 J. pro Stück ein. Man hätte nun glauben sollen, die bekannte Werkstelle würde den Mittelweg einschlagen, aber weit gefehlt; die Arbeit bekam Herr A. Müller, der das Angebot von 5 J. pro Stück gemacht hatte, mit der Bemertung, daß die Schilder schwarzlackirt und weiß beschriebenen dafür gemacht würden. Herr Müller vergiebt die Arbeit in Accord an Gehilfen das Stück zu 4 J. Damit der Meister keine Ursache für Feuerung hat, knuffen die „braven“ Gesellen, welche die Schilder mit nach Hause genommen hatten, bis in die Nacht hinein. Für den Meister bleibt ja wenig übrig, netto 30 M., denn die ganze Arbeit macht bloß 150 M. aus; die Hauptsache ist aber, das Geschäft ist gemacht und die Konturrenten aus dem Felde geschlagen! Tragen aber unsere Kollegen an dieser Schmuckkonturrenz nicht selbst einen großen Teil der Schuld mit, indem sie sich durch Akkordarbeit und elende Hungerlöhne ausbeuten lassen? Merkt Euch, Kollegen, unter allen Umständen nur für anständige Löhne zu arbeiten und jede Akkordknufferei abzulehnen! Wir werden es uns anlegen sein lassen, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln in unseren Kollegenkreisen darüber Aufklärung zu schaffen, und gegen solche Mißstände vorzugehen. Mögen darum alle Kollegen mit uns zu ihrem eigenen Vortheile wirken und eintreten in die Vereinigung deutscher Maler u. verw. Berufsgen.

Die Versammlungen finden alle 14 Tage Sonntags in der  
Nacht statt und zwar nach dem 1. und 15. eines jeden  
Monats. **B. Jena.**

### Verschiedenes.

In München starb vor kurzem der Historienmaler  
Max Adamo. Ein Werk von dem Künstler: „Moses-  
pierres Sturz im Nationalkonvent“ befindet sich in der Ber-  
liner Nationalgalerie.

Der bekannte Münchener Maler Lenbach malt  
im Auftrage der preussischen Regierung den Bildhauer A.  
Begas für die Berliner Nationalgalerie.

Böcklin's „Meeresidyll“ ist für 100.000  
Mark für die Wiener „Moderne Galerie“ angekauft worden  
und zwar von privater Seite.

Ein schnelles Ende nahm die Darm-  
städtler Künstlerkolonie. Dieselbe ist in vollständiger  
Auflösung. Patriz Huber und Paul Biedel verließen  
am 1. Juli Darmstadt. Christianen geht nach Paris; sein  
Haus steht zum Verkauf.

Der Innungsstopp hat sich in Pforzheim zu  
einer wichtigen That emporgeschrieben. Die Sattler-,  
Polster- und Dekorationsmaler haben be-  
schlossen, daß „Lebewaren, Tournister, Taschen, Porte-  
monnaie“ etc., die nicht bei den Innungsmitgliedern gekauft  
wurden, auch nicht von ihnen zur Reparatur angenommen  
werden sollen. Hoffentlich kommen die Schuster-, Schneiber-  
und bergleichen Innungen bald nach, damit die Geschichte  
etwas heiterer wird.

### Literarisches.

Im Verlage von G. D. W. Callweh-München ist  
soeben Heft VII vom 21. Band der „Mappe“ erschienen.  
Der textliche Teil mit seinen fein ausgewählten Skizzen  
wird sicherlich von jedem Kollegen freudig begrüßt werden  
und hoffentlich recht viele Kollegen anregen, interessante  
Skizzen oder Photographien von Innendekorationen aller Art,  
Kassaden, bemalten Möbeln, eigenartigen Schildern usw. an  
die Redaktion der „Mappe“ einzusenden.

Von dem Sozialdemokratischen Reichstags-  
Sachbuch von Max Schippel, das die Buchhandlung Vor-  
wärts in Berlin in Wochenheften zu 20 S. herausgibt, liegen  
jetzt 10 Hefte vor. In den letzten Hefen wird nach den Ber-  
echnungen die Materie der Berufstätigkeit, des Bismarckismus,  
des Arbeiterkampfes in der Binnenlandsahrt, der Brandwein-  
steuer und besonders der Duedtschrie etc. behandelt. Wir em-  
pfehlen unseren Lesern dringend dieses Lehrbuch der politischen  
und gewerkschaftlichen Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse.

### Briefkasten.

Frankfurt a. M. G. Der Aufsatz kann gut ver-  
wertet werden. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Viele  
Grüße und baldige Gesundheit.

Berlin. Sp. Dein Eingangsblatt kam für diese Nummer  
zu spät.

Agitationsbezirk Hamburg, Lübeck, Schles-  
wig-Holstein und Mecklenburg.

Den Filialen hierdurch zur Nachricht, daß die vorge-  
nommene Abstimmung betr. Abhaltung eines Provinzialtages  
folgendes ergeben hat:

Von den 16 Filialen unseres Bezirks waren 14 für Ab-  
haltung eines solchen, 2 dagegen. Als Ort der Abhaltung  
wurde von 11 Filialen Neumünster, von 3 Hamburg  
gewünscht.

Die Agitations-Kommission hat demgemäß beschlossen,  
den Provinzialtag am Sonntag, den 2. März,  
Mittags 12 Uhr, nach Neumünster einzuberufen.  
Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:  
1. Bericht und Abrechnung der Agitations-Kommission;  
2. Diskussion; 3. Unsere Arbeitsnachweise; 4. Anträge und  
Vergleiche; 5. Wahl des Protokoll.

Die Filialen werden nun ersucht, hierzu Stellung zu  
nehmen. Anträge und Anmeldung der Dele-  
gierten müssen bis 20. Februar an den Unterzeichneten  
gesandt werden. — Im Übrigen verweisen wir auf das  
Statut, Abschnitt: Agitation.

Das Sitzungslokal usw. wird später bekannt gegeben  
werden.

Mit kollegialischem Gruß  
Die Agitations-Kommission.  
J. A.: Fr. Bartels,  
Hamburg 23, Ottostr. 17 a.

An die Filialen von Rheinland und  
Westfalen.

Der diesjährige Provinzialtag findet am 26. Januar,  
Morgens 11 Uhr, im Gewerkschaftshause, Bergerstr. 8,  
in Düsseldorf statt.

Zum Empfang der Delegierten sind Kollegen mit blau-  
weißer Schleiße von Morgens 8 Uhr auf dem Hauptbahnhof  
anwesend, um dieselben nach dem Gewerkschaftshause zu  
geleiten.

Die Delegierten werden gebeten, obiges zu beachten und  
nur Hauptbahnhof Düsseldorf auszustiegen.

Die Agitations-Kommission.  
J. A.: Fr. B. Badenheuer.

### Vereinstheil.

#### Bekanntmachung des Vorstandes.

Seitens der Filiale Coburg sind an die übrigen  
Filialen Sammellisten für den Saalbaufonds ver-  
sandt worden. Wir machen hierdurch bekannt, daß  
derartige Sammlungen ohne die Zustimmung der  
Hauptverwaltung nicht geschahen dürfen, und ersuchen  
wir darum die Filialverwaltungen, derartige Sammel-  
listen zurückzuweisen.

Die neugewählten Filialverwaltungen Aachen,  
Charlottenburg, Chemnitz, Erfeld, Deutz-Cöln, Dort-  
mund, Gotha, Götting, Hamburg I, Jena, Langen-  
selbold, Offenbach a. M., Schöneberg werden hier-  
durch bestätigt.

#### Preisanschreibung.

Bei der vor zwei Jahren erfolgten Ausgabe von  
Plakaten für die Filialen und Bahnhöfe der Ver-  
einigung gingen dem Vorstande aus den Preisen der  
Kollegen die Wünsche zu: „bei Wiederherstellung

eines Plakates Gelegenheit zu geben, sich an dem  
Entwürfe bethätigen zu können“. Da nun die Not-  
wendigkeit zur Erneuerung eines diesbezüglichen  
Plakates vorliegt, so glaubte der Vorstand den  
Wünschen Rechnung tragen zu müssen und nimmt  
hiermit eine Ausschreibung vor. Für diese in Farbe  
gehaltene Entwürfe sind 100 Mk. ausgesetzt und  
zwar für den ersten Preis 35 Mk., zweiten Preis  
25 Mk., dritten Preis 15 Mk. und für die weiteren  
fünf Preise je 5 Mk.

Das Plakat darf die Höhe von 75 Zentimetern,  
die Breite von 50 Zentimetern nicht überschreiten.  
Die Zeichnung soll möglichst mit dem Titel der  
Vereinigung in Berücksichtigung gezogen werden,  
ebenso muß genügend Raum verbleiben für den Text  
in Größe und Umfang des jetzigen Plakates, nur  
daß die Rubriken für die Bekanntmachung der Adressen  
der Verwaltungsbeamten in Wegfall kommen. Bei  
der Zeichnung sollen nicht über sechs Farben in  
Anwendung kommen.

Die Zeichnungen sind unter der Aufschrift  
„Plakat-Entwurf“ und mit einem „Motto“ versehen  
an das Bureau der Vereinigung nach Hamburg,  
spätestens bis zum 28. März, einzusenden.

Die Bildung des Preisrichterkollegiums ist den  
Filialen Hamburg, Altona und Wandersbeck zuertheilt  
und wird später an dieser Stelle mitgeteilt.

Der Vorstand.

### Quittung.

Vom 7. bis 13. Januar gingen bei der Hauptkasse ein:  
München II 91.58, Oppeln 14.60, Kiel 471.82, Deutz  
69.39, Berlin II 345.52, Spandau 58.53, Frauenstein  
69.65, Hamm 42.27, Langenfelld 74.46, Windeln 31.84,  
Solingen 36.55, Danzig 116.91, Wilsbel 107.25, Neumünster  
77.47, Brandenburg 50.90, Lichterfelde 41.66, Landsberg  
4.84, Jülich 4.93, Guben 40.96, Regnitz 42.24, Magde-  
burg 153.55, Breslau 201.64, Wandersbeck 77.90, Kottow  
121.84, Gera 58.22, Lützen 108.32, Wölsch 37.14, Nord-  
hausen 67.85, Langen 55.12, Nürnberg 14.41, Düsseldorf  
226.09, Offenbach 48.36, Regensburg 112.21, Sonneberg  
28.75, Lützen 48.08, Barmen 44.95, Lübeck 70.73, Mann-  
heim 282.71, Leipzig 39.72, Meisa 25.92, Chemnitz 99.40,  
Rudolstadt 10.73, Riedorf 232.90, Weißen 16.93, Erfurt  
10.—, Heilbronn 38.67, Stuttgart 165.77, Coblenz 198.85,  
Hamburg II 184.77, Wismar 37.72, Ludwigshafen 39.29,  
Wiesbaden 251.14, Silberstein 4.96, Bochum 297.04,  
Erteln 146.83, Blauen 60.—, Berlin I 275.43, Reiz 18.17,  
Schwerin 14.15, Buchn. 10569 1.50, Buchn. 42672 1.80,  
Buchn. 10817 1.80, Buchn. 52029 1.60.  
Zuschüsse wurden abgesetzt: Worms 10.—,  
Regensburg 30.—.

J. Wenzler, Kassirer.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse

der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands.  
(Eingetragene Kasse Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 5. bis 11. Januar 1902.

Überschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden  
eingesandt von Schmidt-Hamburg 150.—, Wobarezh-  
Gießen 50.—, Köhler-Wilmersdorf 60.—, Schmidt-  
Borsdorf in Waden 100.—, Birkner-Altenburg 40.—,  
Buch-Schleswig 50.—.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden  
abgesetzt an Hansen-Berlin N 800.—, Schöder-Halber-  
stadt 100.—, Jaack-Hamburg a. Elbe 100.—, Ehinger-  
Konstanz 100.—, Naezel-Berlin S 400.—, Hermann-Cöln  
a. Rhein 200.—, Kettler-Dortmund 150.—, Oberg-Stral-  
fund 100.—, Hofgarten-Weimar 100.—, Winkler-Heidel-  
berg 50.—, Linat-Steglich 100.—, Tornow-Berlin O  
400.—, Böhm-Berlin SW 300.—, Rosenbaum-Hagen i W.  
200.—, Gabriel-Friedrichshagen 100.—, Jacob-Friedrichs-  
berg 75.—, Grummlich-Baden-Baden 70.—, Luthies-  
Königsberg i Pr. 100.—, Hansen-Altona a. Elbe 100.—,  
Brand-Lüding 60.—.

Krankengelder erhielten Buchn. 9068 G. Schwab in  
Winkeln 12.90, Buchn. 12535 A. Gampe in Thale a. Harz  
15.08, Buchn. 14967 S. Mundel in Schmottschiffen 12.90,  
Buchn. 16475 D. Eggert in Arendsee 12.90, Buchn. 12582  
G. Wölflner in Böhricht i. Bayern 32.25, Buchn. 6729  
C. Genslich in Malisch i. Schlesien 6.45, Buchn. 2522,  
H. Wittkopf in Neu-Stubbin 19.35.

J. G. Wulle, Hamburg-Uhlenhorst, Humboldtstr. 57

### Anzeigen.

#### Provisions-Reisende

oder Agenten gesucht, welche provisionsweise  
Anstreicher-Pinsel

mitführen wollen. Schriftl. Offert. sub K. H. 5973  
an Rudolf Mosse, Köln.

Neu! Es erschien im Neu!  
Selbstverlage: Neu!

Neue Holz- und Marmormalereien  
zum Selbstunterricht nach eigener Original-  
Methode.

II. Serie: „Neue Holzmalereien“, nur Mk. 20.—  
I. Serie: „Neue Marmormalereien“, nur Mk. 22.—

Hamburger Holz- und Marmor-Schule  
von Fr. Weiershausen, Hamburg, Lindenstr. 19.

Beginn des Semesters 15. Oktober. Prospekt gratis.

Porenrollen à Paar Mk. 5.—

**MALERSCHULE z. HAMBURG**  
v. WILH. SCHÜTZE. PROSP. GRATIS  
ERSTE PREISE u. MEDAILLEN

Winterarbeit!  
Lohnenden Nebenverdienst durch Kreide-  
zeichnungen (Portraits in 3 Stunden) nur wenn  
Sie mir das Original photographisch auf Zeichen-  
papier vergrößern lassen. **Bruno Ochernal,**  
Maler und Photograph, Ulrich a. Harz.

### P. Steet, Nürnberg, Obere Würthstr. 18.

Trotz allem Aufgebot der Konkurrenz ist es That-  
sache, daß sich meine prima Pinsel schnell ver-  
breiten. Offerire zur Ueberzeugung den Herren  
Kollegen verschiedene Größen Fein-, Delmal-,  
Schreib- und Blatt-Pinsel, Greizer- und Ber-  
linerstrichzieher, überall die gangbarste Sorte für  
nur 5 Mark. (Tubenfarben staunend billig.)

### Selbstunterricht in der Holzmalerei!

150 Vorlagen, erste Spezialität in Natur-Farben-  
druck, mit leicht faßlicher Anleitung, sind für den billigen  
Preis von nur 10 zu beziehen von

Aug. Düttemeyer, Maler, München,  
Reiffstr. 11, IV. rechts.  
Maler können die Vertretung übernehmen!

### Berliner Maler-Schule

für fachgemäße Ausbildung in  
Ornament, Blumen, Früchten, Stillleben, Emblemen,  
Figuren etc. etc.  
Ganz besonderes Augenmerk wird auf größte  
Praktik und einfachste Technik gelegt.  
Tagesunterricht vom 15. Oktober bis 15. März,  
per Semester 150 Mark.

Unser Maler-Schule sind mehrere Erste Preise  
Silberne Ehrenmedaillen und viele Aner-  
kennungen für meisterhaft ausgeführte Malereien  
zuerkannt worden. Prospekte der Malerschule  
gratis und franko.

### Carl Lange & Co.,

Berlin SW., Gitschinerstr. 94 a.

Dekorationsmaler, Atelier für alle Skizzen u. Entwürfe.

### Ladewigs Bierstuben

Berlin S., Kommandantenstr. 65.  
Vorzügl. Weiss- und Bayerisches Bier  
Franz. Billard. — Telephon.  
Zahlstelle der „Freien Volksbühne“  
Vereinszimmer für 40 Personen.

Medaillen. Schule I. Preise.  
für Dekorations-, Holz- und Marmormaler.  
Anerkannt tüchtige Spezial-Lehrer. Prosp. kostenl. durch  
Carl Nordmann, Hamburg-Bimsb.

H. Th. Höppner, Pinsel-Fabrik GREIZ

Alle Sorten Pinsel für Kunst u. Industrie, Illust. Preisvermerk gratis u. franko

Amoretten. Malvorlagen Blumen. —  
Landschaften. Früchte etc.

20 Blatt 3.—, 40 Blatt 5.—, franko, naturgetreu!  
Heinr. Brühl, Hamm i. Westf., Karlstr. 5

**Versandhaus**  
in allen Malerartikeln, Farben und Lacke.  
Man verlange Preisliste!  
Allen Bestellungen von 20 M an lege ich ein  
Schwalbennest, 24 Blatt in feiner moderner Aus-  
führung, gratis bei, so lange der Vorrat reicht.  
G. Job. Nürnberg, Lohlgasse 13

Der „Vereins-Anzeiger“ erscheint wöchentlich Freitags,  
für die Mitglieder der Vereinigung unentgeltlich. Im  
Abonnement kostet derselbe für Deutschland und Ostera-  
reich 1.20 M. pro Exemplar, für das übrige Ausland 1.50 M.,  
durch die Post bezogen 1.20 M. — Anzeigen kosten die  
gespaltene Zeile oder deren Raum 30 S., Vereins-  
anzeigen 15 S., die Spalte. Der „Vereins-Anzeiger“  
ist im Postverzeichniß der Reichspost für 1902 unter Nr. 7713  
eingetragen.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 2 des Korre-  
spondenzblattes für die Bevollmächtigten und Ver-  
trauensleute bei.

Verlag von H. Wenzler, Hamburg.  
Für die Redaktion verantwortlich M. Mart, Hamburg.  
Druck von Fr. Meier, Hamburg-Eilbek, Friedensstraße 4